

publik zuständige Manager der Hongkong and Shanghai Banking Corp., erklärte, daß die Volksrepublik begierig darauf sei, Investitionen und Technologie zu erhalten, während Südkorea an den großen Vorräten an Rohmaterialien in der Volksrepublik interessiert sei.

Ein südkoreanischer Bankier erklärte, obgleich die Banker als Touristen geist seien, hätten sie Kader sowohl von der Bank of China als auch von der CITIC Industrial Bank getroffen. (NfA, 29.11.1988; AWSJ, 7.11. u. 11./12.11.1988) -lou-

Binnenwirtschaft

*(37)

Erdbeben in Yunnan

Am 6.11.1988 verwüstete ein heftiges Erdbeben Teile der südchinesischen Provinz Yunnan. Radio Beijing berichtete, mehr als 100 Menschen seien von Soldaten und Ärzteteams aus zusammengestürzten Gebäuden gerettet worden. Vermutlich seien noch sehr viel mehr verschüttet. Bei dem Erdbeben sind, nach Berichten von Vertretern des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und des Welternährungsprogramms in Beijing, mehr als 930 Menschen ums Leben gekommen. Die UNO-Beamten beriefen sich bei ihren Zahlen auf Angaben des Ministeriums für Zivile Angelegenheiten in Beijing.

Das chinesische Fernsehen übertrug Bilder, auf denen Soldaten mit Lastwagen über schwer beschädigte Straßen fuhren. Ärzteteams seien mit Hubschraubern in das schwer zugängliche Bergland an der birmanischen Grenze geflogen worden. Sie bemühten sich darum, ein Ausbrechen von Seuchen zu verhindern. Der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge ist die Lebensmittel- und Wasserversorgung in den betroffenen Gebieten knapp. Die chinesische Regierung habe den Rettungsmannschaften umgerechnet ca. 95 Mio.DM für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Die am schwersten betroffenen Gebiete waren nach Angaben der Erdbebenwarte in Beijing die Bezirke Lang-

cang und Menglian direkt an der Grenze zu Birma. Dort leben in einem mit dichtem Dschungel bedeckten Bergland Angehörige des Bergvolkes der Lahu meist in Lehm- oder Holzhäusern. Offenbar seien in dem Gebiet fast alle Häuser zerstört worden, so hieß es. Bei den Erdstößen vom 6.11.1988 war eine Stärke von 7,6 auf der nach oben offenen Richter-Skala gemessen worden. In den zwei Tagen danach wurden mehr als 170 Nachbarn registriert, teilte die Erdbebenwarte mit. Yunnan war schon am 15.10.1988 von einem Erdbeben der Stärke 5,0 heimgesucht worden.

Neben den Toten sind mehr als 4.000 Verletzte zu beklagen, viele Menschen wurden obdachlos. Der gesamte wirtschaftliche Verlust wird auf 1,4 Mrd. Yuan geschätzt.

Mehrere Länder und internationale Organisationen, darunter Kanada, Neuseeland, das UNDP, der Kinderfonds sowie die Katastrophen- und Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, gaben Hilfe. Die Rot-Kreuz-Organisationen vieler Länder sammelten Spenden für die Erdbebenopfer.

Die Bundesregierung stellte der Volksrepublik zur Bewältigung der Erdbebenfolgen eine Katastrophenhilfe in Höhe von 20 Mio.DM - das ist bei weitem der größte Beitrag eines einzelnen Landes - zur Verfügung. Mit diesen Mitteln, über deren Verwendung Staatssekretär Siegfried Lengl aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 29.11.1988 in Beijing eine Vereinbarung unterzeichnete, sollen im Inland Baumaschinen zur Wiederherstellung von zerstörten Straßenverbindungen, Materialien für den Häuserbau sowie dringend benötigte Lebensmittel und Medikamente eingekauft werden.

In einem Gespräch mit der Presse sagte Lengl einen weiteren Anstieg der deutschen finanziellen und technischen Entwicklungshilfe für China voraus, das innerhalb von vier Jahren zum zweitgrößten Empfängerland nach Indien aufgerückt ist. Diese Hilfe ist für Beijing noch attraktiver geworden, da das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit seit 1988 der Volksrepublik die Finanzhilfe zu den Konditionen gewährt, die die internationale Entwicklungsagentur (IDA) für die am wenigsten entwickelten Ent-

wicklungsländer festgelegt hat. Das bedeutet Laufzeiten von 40 Jahren, die ersten 10 Jahre tilgungsfrei und einen Jahreszins von 0,75%, was praktisch nur einer Abwicklungsgebühr gleichkommt. (XNA, 11.11. und 29.11.1988; SZ, 30.11.1988) -lou-

*(38)

Kernenergieziele revidiert

Die Kernkraft wird bis ins nächste Jahrhundert voraussichtlich nur eine geringfügige Rolle bei der Deckung des rasch wachsenden Energiebedarfs in der Volksrepublik China spielen. Als Haupthindernisse, die dem energiepolitisch gewünschten zügigen Ausbau entgegenstehen, nennen Planungsexperten Mangel an Kapital und technologischem Know-how. Die Nuklearenergieerzeugung soll um 40% gesenkt werden. Die ursprünglichen Pläne sahen vor, Nuklearkraftwerke mit einer Kapazität von 10.000 MW bis zum Jahre 2000 zu bauen. Auf einer kürzlich stattgefundenen Tagung schlugen Experten vor, die Kapazität auf 6.000 MW zu reduzieren. Delegierte aus Planungsabteilungen der Provinzen argumentierten, daß dies noch zu kostenaufwendig sei. Sie verlangten, daß die Kapazität auf nur 4.500 MW gesenkt würde.

Diese Zahl würde das 1.800 MW-Kraftwerk in der Bucht von Daya (Provinz Guangdong), das 300 MW-Kraftwerk in Qinshan (Provinz Zhejiang) und vier 600 MW-Reaktoren einschließen, die in der zweiten und dritten Phase ebenfalls in Qinshan gebaut werden sollten.

Chinesische Experten teilten mit, daß in den letzten Jahren die zur Verfügung stehenden Ressourcen an Finanzmitteln und Herstellungstechnologie überschätzt worden seien. Zang Mingchang, Chefingenieur der Nuklearindustrie im Ministerium für Energieressourcen, erklärte, daß die Experten auf der Konferenz einen realistischen Planansatz gesucht hätten.

Die Debatte um den Einsatz der Kernenergie hat in den letzten Monaten unter dem Eindruck akuter Engpässe in der Stromversorgung, die mit dem industriellen Wachstum immer weniger Schritt halten kann, neuen Auftrieb erhalten. Eine Studie des Forschungszentrums für wirtschaftli-

che, technische und soziale Entwicklung beim Staatsrat in Beijing veranschlagte die Angebotslücke des vergangenen Jahres auf 70 Mrd.kWh. Das führte dazu, daß rd. ein Viertel der Industrie ihre Kapazität nicht auslasten konnte, so daß Produktionsverluste im Gesamtwert von 400 Mrd.Yuan entstanden sein dürften.

Zu einer starken Lobby, die auf ein forciertes Kernenergieprogramm als Alternative zu den dominierenden, aber ungünstig verteilten traditionellen Energieträgern Kohle (70,5%) und Wasserkraft (29,5%) dringen, haben sich inzwischen die Küstenregionen zusammengeschlossen. Die Wirtschaftszentren am Gelben Fluß und am Ostchinesischen Meer sind zu 80% ihres Energiebedarfs auf andere Regionen angewiesen. Die südchinesische Provinz Guangdong, die sich wegen ihrer Nähe zu Hongkong zu einem bevorzugten Standort der chinesischen Exportindustrie und für Joint Ventures entwickelt hat, ist zu weniger als 30% Selbstversorger. Einige Regionen sind dazu übergegangen, auf eigene Faust nach Lösungen für ihre Energieprobleme zu suchen. So verhandelt die Stadt Shanghai, Chinas größtes industrielles Ballungsgebiet, in den USA über den Kauf eines ungenutzten 1.300 MW-Reaktors für eine Kernkraftanlage, die in der ostchinesischen Entwicklungszone gebaut und zusammen mit den Anrainerprovinzen Anhui, Jiangsu und Zhejiang finanziert und gemeinsam genutzt werden sollen. Nach einem Bericht in der *China Daily* hat die nordöstliche Provinz Liaoning, die für die Jahrhundertwende eine Lücke in der regionalen Erzeugungskapazität von 5.000 MW errechnet hat, umgerechnet mehr als 2,8 Mio.DM in einen Projektplan für den Bau von zwei 1.000 MW- bzw. vier 600 MW-Kernkraftanlagen investiert.

Die Aussichten, daß diese ehrgeizigen regionalen Vorhaben den Segen der Zentralregierung erhalten, sind indes gering.

Auch die chinesischen Planungsentscheidungen zur Entwicklung der Kernenergie waren seit Beginn der 80-er Jahre starken Schwankungen durch offenbar immer noch nicht ausgestandene interne Auseinandersetzungen unterworfen.

Schlechtes Management der Atomtechnologie habe in der Volksrepublik mehrfach zu radioaktiven Verseuchungen geführt. Dies berichtete die *Volkszeitung* am 26.11.1988 unter Berufung auf den stellvertretenden Direktor der staatlichen Gesundheitskommission, Chen Minzhang, jedoch ohne Einzelheiten mitzuteilen. Chen habe betont, die Regierung müsse dem Thema "größte Bedeutung" beimessen. Westliche Fachleute meinten, die Pannen könnten möglicherweise in der Autonomen Region Xinjiang im Nordwesten Chinas passiert sein, wo die Volksrepublik ihre neueste Atomtechnologie ausprobiert. Noch vor zwei Jahren hatten rd. 3.000 Demonstranten in dieser Region für ein Ende der atomaren Versuche demonstriert. (NZZ, 27./28.11.1988; XNA, 7.11.1988; RMRB, 26.11.1988) -lou-

* (39)

Ländliche Elektrizitätsversorgung

Die Elektrizitätsversorgung der ländlichen Gebiete und Haushalte Chinas hat sich während der letzten Jahre sichtlich verbessert. Gegenwärtig verfügen "78% der Dörfer und 74% der Haushalte in Chinas ländlichen Gebieten über einen Stromanschluß". Dennoch liegt die ländliche Stromversorgung, wie nicht anders zu erwarten, weit unterhalb des nationalen Durchschnitts. Ihr Anteil am gesamten Stromverbrauch lag 1987 bei 31,55%. "Der Pro-Kopf-Verbrauch in ländlichen Gebieten steht bei 96 kWh." Im Vergleich zu wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern ist dieser Standard als außergewöhnlich niedrig zu bezeichnen, aber gegenüber der eigenen Vergangenheit sind deutliche Verbesserungen zu erkennen. Diese Tatsache läßt sich auch aus dem absoluten Verbrauch ablesen, der 1960 noch bei 692 Mio.kWh lag. 1987 war ein Gesamtverbrauch von 77 Mrd.kWh erreicht worden. Hinzu kommen weitere 77,6 Mrd.kWh für die ländliche Industrie. Der Ausbau der ländlichen Elektrizitätsversorgung beschleunigte sich vor allem seit Beginn der siebziger Jahre. Im Zeitraum 1970/87 wurde ein durchschnittlicher Verbrauchszuwachs von 27% erzielt. (XNA, 12.11.88) -ma-

* (40)

Umweltschäden weiterhin gravierend

Die Verschmutzung von Luft, Wasser sowie die Lärmentwicklung und die Abfälle beeinträchtigten den Lebensraum der chinesischen Bevölkerung und deren Gesundheit beträchtlich, so

erklärte Qu Geping, der Direktor des staatlichen Umweltamtes. Er gab seine Informationen auf der 8. Erweiterten Konferenz des Nationalen Patriotischen Komitees für die öffentliche Gesundheitskampagne in Beijing.

Die Luftverschmutzung in der Volksrepublik wird hauptsächlich durch das Verbrennen von Kohle verursacht. Nach einer Untersuchung wurden im Jahre 1987 14,45 Mio.t Rußstaub sowie 14,12 Mio. Schwefeldioxyd in die Luft abgelassen. Eine Untersuchung der Luftqualität in 60 Städten des Landes ergab, daß der Anteil der Staubteilchen in der Luft überall das nationale Limit überschritt. Als Ergebnis dessen gab es in 45 Städten sauren Regen. Das Auftreten von Krankheiten der Atmungsorgane sei im Ansteigen, beides sei auf die Luftverschmutzung zurückzuführen.

Qu erklärte, daß im Jahre 1987 insgesamt 35.000 Mrd. Liter Abwässer in die Flüsse und Seen abgelassen worden sei, das meiste davon sei unbehandelt gewesen. Viele Wasserreservoirs seien ernsthaft verschmutzt. Der Anteil von Kolon-Bazillen, Bakterien und chemischen Verunreinigungen in den Quellen des Trinkwassers der städtischen Gebiete nehme zu.

Der Müll erzeuge ebenso ernsthafte Verschmutzungen. Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung zeigte, daß das gesamte Müllvolumen, das im Freien abgeladen werde, sich auf 5 Mrd.t belaufe.

Chinas Großstädte würden immer unansehnlicher. Nicht nur Müll und Unrat verschandelten das Stadtbild, auch Ratten, Schweißfliegen, Moskitos und Kakerlaken vermehrten sich in alarmierendem Tempo. Aufgrund fehlender Müllverbrennungs- und Recycling-Anlagen türmt sich der Müll vor den Toren der Städte auf; allein in Beijing werden Tag für Tag rd. 7.000 t Abfall produziert.

Die Situation in den ländlichen Gebieten sei nur unwesentlich besser. Hier gebe es zwar nicht so viele Probleme mit Abfall und Ungeziefer, dafür klagten die Landbewohner aber sehr häufig über schmutziges Trinkwasser. Vom Waldsterben seien heute bereits mehrere Regionen Chinas betroffen.

Verkehrslärm und von Fabriken produzierter Lärm stellten eine weitere Quelle der Umweltverschlechterung dar und sollten nicht gering geachtet werden, erklärte Qu. Um saubere und gesunde Arbeits- und Lebensbedingungen im Lande zu schaffen, regte Qu Schritte an, die darauf gerichtet sein sollten, das Umweltbewußtsein des ganzen Landes zu erhöhen. (XNA, 26./ 27.11.1988) -lou-

*(41)

Wandel in der Landwirtschaft, Investitionen gefordert

Auf einer nationalen Konferenz über ländliche Arbeit, die gemeinsam vom Zentralkomitee der Partei und vom Staatsrat abgehalten wurde, sprachen sowohl Ministerpräsident Li Peng als auch der stellvertretende Premierminister Tian Jiyun. Es folgen zunächst einige wichtige Passagen aus der Rede von Tian Jiyun:

- Wir haben grundsätzlich das Problem gelöst, für eine Milliarde Menschen genug Nahrungsmittel und Bekleidung zur Verfügung zu stellen, während die ländlichen Gebiete nach und nach von einer Tausch- über die Semi-Tausch- zu einer Warenwirtschaft umgeformt worden ist. Dies ist eine historische Transformation. Wir können bestätigen, daß, alles in allem, die Lage in den ländlichen Gebieten in den letzten Jahren gut war. Dennoch müssen wir einige Rückschläge, die wir hinnehmen mußten, wie auch ernste Probleme, die nicht vernachlässigt werden können, wahrnehmen. Getreide ist ein wichtiges Problem bei der ländlichen Arbeit und der Landwirtschaft. Nach der Rekorderte des Jahres 1984 stagnierte die Getreide- und Baumwollernte. Eine weitere Stagnation würde die Reform, die Entwicklung der Volkswirtschaft insgesamt sowie die Stabilität und Verbesserung der Lebenshaltung der Menschen beeinträchtigen.

Um Probleme in der Landwirtschaft, insbesondere bezüglich des Getreides, zu lösen, ist es nötig, Anstrengungen in verschiedenen Bereichen zu machen: Zunächst einmal muß unser Verständnis von der grundlegenden Position der Landwirtschaft vertieft werden. Obgleich dies ein langfristiges Problem ist, sollten wir es im Lichte der neuen historischen Bedingungen verstehen.

Es folgen einige Konzepte, die ausgefüllt werden sollten: Zunächst einmal sollten wir unter keinen Umständen annehmen, daß sich die grundlegende Position der Landwirtschaft wegen des großen Wachstums in unserer Industrie verändert hat. Zum zweiten sollten wir niemals annehmen, daß sich die Probleme der Landwirtschaft gelöst haben, weil die Menschen genug zu essen und anzuziehen haben und die Einkommen der Bauern beträchtlich angestiegen sind. Und drittens sollten wir unter keinen Umständen die Modernisierung der Landwirtschaft unter der Ideologie der kleinbetrieblichen Bauernwirtschaft leiten.

Die Situation in der landwirtschaftlichen Produktion, der Getreideproduktion im besonderen, wird charakterisiert zunächst einmal durch die wachsende Nachfrage. Zum zweiten spielt eine Rolle das begrenzte Anwachsen des Angebotes sowie, drittens, der Mangel an Lebenskraft für die zukünftige Entwicklung. Diese grundlegende Situation zeigt an, daß die Landwirtschaft als Grundlage immer noch relativ schwach ist. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Landwirtschaft kein lokales Problem ist, sondern Auswirkungen auf die Gesamtsituation hat. Es ist keine Frage der Einbeziehung von wirtschaftlicher Arbeit im allgemeinen, sondern eine Frage von großer strategischer wirtschaftlicher Wichtigkeit; es ist auch ein politisches Problem.

Sollten wir zuwarten, bis die landwirtschaftliche Produktion in allen Bereichen sinkt, so würde die Wiederanpassung sehr schwierig. Sie würde länger dauern und uns mehr kosten. Dies könnte sich als ein historischer Fehler erweisen. -

Einige stellvertretende Provinzgouverneure nahmen zur Situation der Landwirtschaft in ihren Provinzen Stellung. Der stellvertretende Gouverneur der Provinz Hunan erklärte z.B.: Das Gebiet um den Dongting-See ist ein wichtiges Marktgetreidegebiet für unsere Provinz. Von den 8 Mio. Mu (15 Mu = 1 ha) Farmland in diesem Gebiet wurden 5 Mio. Mu durch Überschwemmungen in diesem Herbst betroffen. Direkt beeinflußt durch die verringerte Getreideproduktion sank auch die Produktion von Schweinen. Deshalb hätten die benachbarten Provinzen, die auf Hunan in bezug auf Getreide und Schweinefleisch angewiesen wären, Probleme.

Der stellvertretende Gouverneur der Provinz Henan erklärte: Der Grund für die stagnierende Getreideproduktion während der letzten vier Jahre in der Volksrepublik sei darin zu sehen, daß die landwirtschaftlichen Investitionen reduziert worden seien und daß weiterhin die Kapazität, Naturkatastrophen zu widerstehen, ebenfalls abgenommen habe. Das Problem könne sehr gut illustriert werden durch die Fluktuation in der Getreideproduktion in Henan in den letzten drei Jahren. Aufgrund der Trockenheit des Jahres 1986 sei die Produktion von Getreide in der Provinz um mehrere Milliarden Jin (1 Jin = 0,5 kg) gesunken. Im Jahre 1987 hätte man nur wenig mehr Getreide als gewöhnlich gehabt, die Produktion sei um mehrere Milliarden Jin angestiegen. Im Jahre 1988 hätte man wiederum unter Trockenheit gelitten, und die Produktion sei wieder einmal um mehrere Milliarden Jin gesunken. In diesem Jahr seien die Investitionen für Bewässerungsprojekte um 60 Mio. Yuan erhöht worden. Im nächsten Jahr werde man die Investitionen um weitere 40 Mio. Yuan erhöhen.

Der stellvertretende Gouverneur von Shanxi erklärte: Nach einem Rückgang in drei aufeinander folgenden Jahren habe sich die Getreideproduktion in Shanxi in diesem Jahr beträchtlich erholt. Der gesamte Output wird auf 16 Mrd. Jin geschätzt, ein Zuwachs von 2 Mrd. Jin gegenüber dem vorangegangenen Jahr. Der wichtigste Grund für diese Zunahme ist eine Zunahme bei den Investitionen. In diesem Jahr habe die Finanzabteilung der Provinz weitere 34 Mio. Yuan der Landwirtschaft zugewiesen. Von der Ebene der Präfekturen und Kreise seien weitere 10,8 Mio. Yuan bereitgestellt worden, von der Ebene der Kleinstädte und Dörfer seien 4,4 Mio. Yuan aus Einnahmen von der Industrie gekommen. Die meisten Finanzmittel seien in Bewässerungssysteme investiert worden.

Nach einer repräsentativen Untersuchung habe es wesentliche Veränderungen beim Einkommen der Bauern von Januar bis September 1988 gegeben. Zum erstenmal habe das Einkommen der Bauern aus der Viehzucht jenes aus herkömmlichen landwirtschaftlichen Produkten überstiegen. Die Einkommen aus sekundären und tertiären Industriezweigen würden relativ schnell ansteigen.

Kürzlich führte das Zentrale Statistikamt eine repräsentative Umfrage in 66.982 Bauernhaushalten in 846 Kreisen in ganz China durch. Die Untersuchung zeigt, daß das durchschnittliche Bareinkommen (ohne das Einkommen aus Ersparnissen oder von Krediten) der Bauernhaushalte in der Periode von Januar bis September 1988 370 Yuan betrug oder 27% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Nach Berücksichtigung der Preisanstiege habe der Zuwachs 12,6% betragen. Das Pro-Kopf-Bareinkommen der Bauern betrug 235,87 Yuan, ein Zuwachs von 25,7% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Nach Preisbereinigung sei dies ein Anstieg von 9,9%.

Von Januar bis September 1988 betrug das Pro-Kopf-Bareinkommen der Bauern aus dem Verkauf von Produkten 208,44 Yuan, davon stammten 90,3 Yuan aus Produkten der Viehzucht, während 87,28 Yuan aus herkömmlichen landwirtschaftlichen Produkten stammten. Der relativ schnelle Anstieg der Bareinkommen aus Produkten der Viehzucht wird im wesentlichen auf die steigenden Preise zurückgeführt. Das Pro-Kopf-Bareinkommen, das von Bauern aus kleinstädtischen und Dorfindustrien sowie aus sekundären und tertiären Industriezweigen verdient wird, betrug 23,41 Yuan, ein Anstieg von 24,1% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Nur das Einkommen aus den sog. wirtschaftlichen Vereinigungen (jingji lianheti) nahm ab.

Die repräsentative Umfrage zeigte auch, daß die Barausgaben schneller wuchsen als die Bareinnahmen, die Zahlungen für produktionsbezogene Ausgaben wuchsen schneller als die Zahlungen für den täglichen Konsum. Von Januar bis September 1988 betrugen die Pro-Kopf-Zahlungen der Bauern (ohne die Zahlungen für Kredite) 392 Yuan, das waren 84 Yuan mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. 117,86 Yuan davon wurden aufgewendet, um Produktionsausgaben zu bezahlen, das war ein Anstieg von 31,5% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. 238,87 Yuan wurden ausgegeben, um die täglichen Lebenshaltungskosten zu bezahlen, ein Anstieg von 26,6%.

Wegen des Anstiegs der komparativen Einnahmen aus der Viehzucht betrugen die Pro-Kopf-Investitionen in der

Viehzucht 31,02 Yuan, ein Anstieg von 74,9% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Pro-Kopf-Investitionen in die herkömmliche Landwirtschaft betrugen 52,75% (Anstieg von 20,5%). Der Anstieg der landwirtschaftlichen Investitionen im Jahre 1988 wurde im wesentlichen dazu genutzt, Extraausgaben, die durch steigende Preise von Kunstdünger und Pestiziden verursacht wurden, zu bestreiten. (Xinhua, 2.11.1988, zit. nach SWB, 5.11.1988; Xinhua, 7.11.1988, zit. nach SWB, 23.11.1988; Xinhua, 8.11.1988, zit. nach SWB, 23.11.1988) -lou-

*(42)

Chinesische Experten mehrheitlich für Drei-Schluchten-Projekt

Eine Mehrheit chinesischer Experten sprach sich am 30.11.1988 für den Bau des größten Staudamms der Welt an Chinas längsten Fluß Yangzi aus. In dem vor kurzem abgeschlossenen Untersuchungsbericht einer chinesisch-kanadischen Spezialistengruppe heißt es, trotz der hohen Kosten von 11 Mrd. US\$ und der langen Bauzeit von mindestens 10 Jahren für den Damm erlaube das Drei-Schluchten-Projekt, eine große Menge Energie zu gewinnen. Die erwarteten 13.000-17.000 MW des Kraftwerks könnten einen Teil der Energieknappheit in der Volksrepublik beheben. Der Mangel an Energie droht in China viele wirtschaftliche Anstrengungen abzuwürgen.

Die Minderheit der Kritiker hält dagegen, daß die Volksrepublik nicht die finanziellen Mittel besitze, um den Damm zu bauen. Die chinesische Regierung hat schließlich erst vor kurzem einen Stopp staatlicher Investitionen verfügt. Kleine Staudämme an den Zuflüssen des Yangzi sind nach Ansicht der Kritiker günstiger als das Riesenprojekt. Bei einem Bau des Damms müßten außerdem 700.000 Personen umgesiedelt werden.

In 12 Durchführbarkeitsstudien untersuchten chinesische und kanadische Experten die geologischen, seismologischen, hydrologischen und ökologischen Probleme des Projektes. In den vergangenen Jahren wurde der Sinn solcher Mammutprojekte wiederholt bezweifelt. Aus ökologischen Gründen hat beispielsweise die Sowjetunion darauf verzichtet, einen der größten

Ströme Sibiriens in den Aral-See umzuleiten. Auch der Nutzen des Assuan-Dammes, mit dem der Nil seit über 20 Jahren aufgestaut wird, wird von Experten in der ganzen Welt immer mehr in Frage gestellt. (AFP, 30.11.1988; XNA, 30.11.1988; vgl. dazu weiter: XNA, 17.11., 18.11., 19.11., 20.11., 21.11.1988, zit. nach SWB, 30.11.1988) -lou-

*(43)

Hohe Inflationsrate mit Schwierigkeiten verbunden

Die offizielle Inflationsrate stieg im Oktober 1988 auf mehr als 26%. Wie das Zentrale Statistikamt mitteilte, wird auch für den Dezember 1988 mit einer weiter steigenden Inflation gerechnet. Die Ankündigung dieser Zahlen bedeutet für die chinesische Führung ein Problem. Sie hatte vor zwei Monaten mit einem Sparprogramm begonnen, um die Inflation unter 10% zu drücken.

Panikkäufe seien, so das Statistikamt, "fast beendet", und die Bankeinlagen würden sich wieder auf einem Normalniveau einpendeln. Kürzlich waren noch Berichte über Panikkäufe von Textilien in Shanghai sowie Salz in 19 Gebieten bekanntgeworden. Daraufhin hatten die Behörden sofort die Rationierung eingeführt.

Ein Sprecher des Zentralen Statistikamtes teilte mit, daß der Index der Einzelhandelspreise im Oktober 1988 26,1% höher sei als im Oktober 1987. Zuletzt war mitgeteilt worden, daß die Preise von Juni 1988 19% höher gewesen seien als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Gegenüber Januar 1988 seien die Preise im Oktober um 17% gestiegen. Im Vergleich zum Anfang des Jahres 1988 wird für das Ende des Jahres mit einem Preisanstieg von 20% gerechnet.

Die tatsächliche Inflationsrate, die nämlich die Erhöhung der Preise für Dienstleistungen und andere verborgene Kosten einbezieht, wird auf etwa 40% geschätzt. Dies entspricht in etwa der Zunahme der in diesem Jahr umlaufenden Geldmenge.

Für Guangzhou wurde ein Anstieg der Einzelhandelspreise für September 1988 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 44% gemeldet; die

Inflationsraten in anderen Städten waren ebenfalls höher als der nationale Durchschnitt.

Der Plan, den Ansturm auf die Banken durch höhere Zinsen, die mit dem Tempo der Inflation Schritt halten sollen, abzuwehren, kann die Regierung etwa 10 Mrd. Yuan im Jahre 1988 kosten.

Wie aus Bankkreisen zu hören war, wird nun für Einlagen von drei Jahren ein Zinssatz von 9,72% jährlich gezahlt, die Kunden erhalten jedoch zusätzlich 6,28%, um sicherzustellen, daß die Inflationsrate aufgefangen wird. Eine auf fünf Jahre terminierte Einlage erbringt jährlich 10,8% Zinsen, zusätzlich 6,28% unter dem Garantieprogramm.

Zwischen Januar und Oktober 1988 investierten die staatlichen Unternehmen 85 Mrd. Yuan, das waren 16% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Kontrollen beim Investitionsstopp versagten. In allen Bereichen der Konsumgüterindustrie war der Kaufbedarf weiter hoch. Chinesische Banken, die wegen der überzogenen Kredite und fallender Einlagen knapp an Bargeld sind, mußten auf Schuldscheine zurückgreifen, die den Bauern für ihre Getreideverkäufe auf der Grundlage von Verträgen mit dem Staat übergeben wurden. Wie ein Funktionär des Landwirtschaftsministeriums mitteilte, sei die Bargeldknappheit in verschiedenen Gebieten aufgetreten. Sie schaffe Probleme für jene Bauern, die Geld benötigen, um Materialien zu kaufen.

Ein Funktionär des Handelsministeriums erklärte, die Verwendung von Schuldscheinen sei begrenzt. Die Bauern, die solche Schuldscheine erhalten hätten, würden wenige Tage danach auch Bargeld erhalten. Er verneinte, daß einige Bauern wegen dieser Zahlungsverzögerungen gewalttätig geworden seien.

Wie *China Daily* Anfang November berichtete, seien Filialmanager der Landwirtschaftsbank in Beijing zusammengetroffen, um darüber zu diskutieren, wie man 19 Mrd. Yuan bekommen könne, die an die Bauern in den darauffolgenden zwei Monaten zu zahlen seien. Die Landwirtschaftsbank wird große Mengen von Einlagen be-

nötigen, um in der verbleibenden Zeit des Jahres 1988 noch den Kauf von landwirtschaftlichen Produkten zu unterstützen.

Der Mangel an Bargeld war durch unkontrollierte Kredite in der ersten Hälfte des Jahres 1988 verursacht worden. Dies hatte die Inflation angeheizt sowie einen Rückgang von 7,8 Mrd. Yuan bei neuen Bankeinlagen in den ersten 10 Monaten des Jahres 1988 verursacht.

Ein führender Funktionär der Weltbank bezeichnete die gegenwärtige Anti-Inflationspolitik der chinesischen Regierung als "eine weise Entscheidung". Stanley Fischer, der stellvertretende Präsident und Chefökonom der Weltbank, sprach vor hochrangigen chinesischen Funktionären und Ökonomen auf einem Seminar über Inflation und Makromanagement, das gemeinsam vom chinesischen Finanzministerium und der Weltbank durchgeführt wurde. Fischer erklärte, daß das Hauptziel darin bestehen müsse, die Inflation durch direkte Kontrollen der Investitionen zu kontrollieren. Langfristig seien solche Kontrollen aber sehr schwierig aufrechtzuerhalten. Er erwarte deshalb, daß die chinesische Regierung sich mehr auf die aktivere Nutzung der Fiskal- und der Monetärpolitik verlassen würde.

Shahid Yusuf, der für die China-Abteilung der Weltbank zuständige Ökonom, erklärte, daß eine Verschiebung der Reformen zu Inflationszyklen und Restriktionen führen könnte, was wiederum zu einer zentralisierten administrativen Steuerung führen bzw. zu einer Art Stagnation degenerieren könnte, die beispielsweise Ungarn und Jugoslawien beeinträchtigt habe. In der Volksrepublik gebe es die Tendenz, Gewinne schnell zu konsumieren oder sie, wenn möglich, in den Hausbau zu investieren. Dies würde nicht zu Effizienz oder zu langfristig wirksamen technologischen Kapazitäten führen. Er hieß die Deflationspolitik der chinesischen Regierung gut. Die Volksrepublik sei in einer besseren Situation als andere Länder hinsichtlich der Kontrolle der Inflation. Die Kontrolle sei möglich, ohne andere wirtschaftliche Ziele aufs Spiel zu setzen. (AWSJ, 28. u. 29.11.1988; HB, 30.11.1988; AWSJ, 25./26.11.1988; XNA, 17.11.1988) -lou-

Taiwan

*(44)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bahamas und den Marshallinseln in Aussicht

Zwischen der Republik China auf Taiwan und dem karibischen Staat Bahamas sollen bald diplomatische Beziehungen aufgenommen werden. Dies haben beide Seiten am 22. November erklärt. Bahamas Vizeministerpräsident und gleichzeitig Außenminister Clement Maynard besuchte vom 13. bis 17. Nov. Taiwan. In einem Kommuniqué zu diesem Besuch, das Maynard mit seinem Amtskollegen in Taipei, Außenminister Lian Zhan (Lien Chan), am 17. Nov. unterzeichnete, kamen beide Seiten überein, möglichst schnell diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Es bleibt jedoch noch offen, wann dies geschehen wird. Auch bei der Bekanntgabe des genannten Kommuniqués am 22. Nov. haben beide Seiten kein Datum für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen genannt (ZYRB u. CP, 23.11.88; LHB, 22.-23.11.88).

Nach Angaben des Sprechers des Außenministeriums in Taipei, Chen Yuju (Ch'en Yu-chu), steht auch in Aussicht, diplomatische Beziehungen zu den Marshallinseln aufzunehmen. Ende 1987 war der Präsident des südpazifischen Inselstaats, Amata Kabua, zu Gast in Taiwan. Am 24. Nov. besuchte sein Außenminister, Tom D. Kijiner, Taiwan. Seit 1975 gewährt Taiwan den Marshallinseln technische Hilfe für landwirtschaftliche Entwicklung. Beim Besuch Kijiners sollen beide Seiten neben Gesprächen über die dritte Verlängerung des Hilfsvertrages auch über die Aufnahme formeller Beziehungen zwischen beiden Ländern verhandelt haben. Bereits 1979 hatten beide Seiten ein entsprechendes Memorandum unterzeichnet. Laut einer Zeitungsmeldung ist Taiwan bereit, den Marshallinseln nach Aufnahme von diplomatischen Beziehungen ein günstiges Darlehen in Höhe von 14 Mio. US\$ zu gewähren (LHB, 26.11.88; FCJ, 28.11.88).

Zur Zeit unterhält Taiwan diplomatische Beziehungen mit 22 Staaten, und zwar 12 in Lateinamerika, 4 im südpazifischen Raum, 3 in Afrika, 2 in Asien und 1 in Europa. (siehe dazu C.a. Feb. 1988, S.108). -ni-